

38/2017

ANGST IM SOZIALSTAAT – HINTERGRÜNDE UND KONSEQUENZEN

AUF EINEN BLICK

Obwohl in der öffentlichen Meinung in Deutschland zuletzt viel Zukunftsoptimismus herrschte, verweisen Minderheitenfeindliche Tendenzen und der Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte auf eine latente soziale Krise. Wir argumentieren, dass diese maßgeblich mit der Liberalisierung des deutschen Sozialmodells zusammenhängt. Diese provoziert Angstzustände, welche Anpassungsbereitschaften erzeugen, aber zugleich die soziale Integration strapazieren. Illustriert wird dies am Beispiel der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik.

1. EIN LATENTES BRODELN UND ERSTE ERUPTIONEN

Oberflächlich betrachtet befindet sich Deutschland derzeit in einer paradoxen Situation: Was die wirtschaftliche Entwicklung angeht, herrscht verbreitet Jubelstimmung, gleichzeitig scheint das gesellschaftliche Klima stark angespannt. Tatsächlich brodeln es unter der schillernden Oberfläche positiver Wachstumsdaten und sprudelnder Steuereinnahmen: Viele Bürger_innen scheinen zu spüren, dass für sie und ihre Kinder das klassische Narrativ vom „Wohlstand durch Arbeit, Aufstieg durch Bildung“ (Hensel 2017) nicht mehr gilt. Erste Eruptionen brachten jüngst die Bundestagswahlen – mit dem spektakulären Abschneiden der AfD selbst in wirtschaftlich „blühenden Landschaften“ im Süd(west)en der Republik – sowie zuvor schon die massiven Aggressionen gegen Flüchtlinge zum Vorschein. Sie verweisen auf tieferliegende Verunsicherungen in breiten Kreisen der Bevölkerung, welche sicher vielfältige Ursachen haben, aber offenbar zu akutem Misstrauen in etablierte politische Institutionen geführt haben (Maier et al. 2017).

Folgt man der aktuellen Debatte, so beziehen sich die als vordringlich empfundenen Herausforderungen auf höchst Unterschiedliches: den globalisierten Wettbewerb, der zu Lasten heimischer, gut gesicherter Jobs geht, das Flüchtlingselend in Europa, den ungezähmten Klimawandel (einschließlich der Krise der deutschen Automobilindustrie) und, nicht

zuletzt, die Leistungsfähigkeit wohlfahrtsstaatlicher Sicherungssysteme, die – als Kern des deutschen Sozialmodells – offensichtlich nicht mehr halten, was sie einst versprochen: die Absicherung eines einmal erlangten Lebensstandards im Alter und bei Unterbeschäftigung bzw. Erwerbslosigkeit. Verstärkt wird dieses Unbehagen durch die persistente, zunehmend als ungerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung, wobei die kürzlich erneut aufgedeckte – aber politisch folgenlose – monströse Steuerflucht von Superreichen besonders symbolträchtig ist.

Vieles spricht dafür, dass sich die Wahlergebnisse der AfD (abgesehen von der Mobilisierung eines schon immer „stramm“ rechtsextremen Potenzials) auch aus diesen Quellen speisen. Immerhin votiert ein großer Teil ehemaliger Nichtwähler_innen für die AfD – also ein Personenkreis, bei dem es sich oft um Unterprivilegierte (und frühere Stammwähler_innen von Mitte-Links Parteien) handelt. Gleichzeitig zeichnet sich schon länger ab, dass hier wie auch ganz besonders in der „konservativen Mitte“ der Gesellschaft Aggressionen gegen Minderheiten zunehmen (Heitmeyer 2012: 15–41; Schulte von Drach 2017). Die Vorbehalte vieler (nicht nur am rechtsextremen Rand) gegen verstärkte Zuwanderung waren mit ein Grund dafür, dass das Thema „Innere Sicherheit“ im letzten Bundestagswahlkampf vieles andere überstrahlte – auch Fragen, die für die Lebensverhältnisse im zeitgenössischen Wohlfahrtskapitalismus essentieller sind. Wir argumentieren im Folgenden, dass alle diese Dynamiken maßgeblich mit Ängsten zusammenhängen, die zu einem beträchtlichen Anteil sozialpolitisch generiert worden sind. Bezug nehmend auf eine schon länger geführte und jüngst vertiefte Debatte (Bude 2014; Burzan 2015; Betzelt/Bode 2018; Dehne 2017) eruiert dieser Beitrag die Hintergründe und Konsequenzen dieses Phänomens. Unsere zentrale These lautet, dass Ängste die Durchsetzung

>

von Entsicherungspolitiken erleichtert haben, jedoch in erratische Reaktionen umschlagen können, mit schwerwiegenden Folgen für die soziale und politische Integration. Dies gibt Anlass zu grundsätzlicheren Überlegungen im Hinblick auf künftige sozialpolitische Reformagenden. Illustriert wird dies anhand des Umbaus der sozialen Absicherung gegen Arbeitslosigkeit sowie der (partiellen) Privatisierung der Altersvorsorge.

2. DER SOZIALSTAAT IM WOHLFAHRTS-KAPITALISMUS: VOM ANGSTHEMMER ZUM ANGSTTREIBER?

Von kaum jemandem wird angezweifelt, dass der Ausbau des Sozialstaats im 20. Jahrhundert den gesellschaftlichen Zusammenhalt befördert hat, indem dieser das „Human-kapital“ pflegte, die Arbeitskraft vor den Unbilden der Wettbewerbsökonomie schützte und damit die Legitimation des in Deutschland als „soziale Marktwirtschaft“ apostrophierten Wohlfahrtskapitalismus sicherte. Die teilweise Befreiung von Marktzwängen („Dekommodifizierung“) durch ein Geflecht sozialstaatlicher Institutionen wirkte als Angsthemmer, sicherten diese Institutionen doch dem Gros der deutschen Bevölkerung ein einigermaßen berechenbares Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe auch im Ruhestand, ferner Schutz vor sozialen Abstürzen in Folge reduzierter Arbeitsfähigkeit bzw. Arbeitsmarktgängigkeit und nicht zuletzt eine gewisse Stetigkeit individueller Wohlfahrt, auch durch die tarifpolitische Gestaltung der Lohnbildung.

Dieses oft als „goldenes Zeitalter“ beschriebene gesellschaftliche Arrangement ist mittlerweile brüchig geworden. Die unter dem Druck von Globalisierung und neoliberalen Zeitgeist betriebene Deregulierung von Arbeitsverhältnissen bescherte der Kapitaleseite ein wachsendes Drohpotenzial und vielen Erwerbstätigen neue, mitunter existenzielle Risiken sowie ein höheres Potenzial für Statusgefährdung. Entstanden sind erweiterte Zonen ungesicherter, vielfach niedrig entlohnter Erwerbsarbeit, und soziale Abstiege in diese Zonen wurden auch für qualifizierte Beschäftigte vorstellbar(er), während Aufstiege in besser gesicherte Segmente immer schwieriger erscheinen. Die Reformpolitiken der 2000er Jahre haben dies insofern begünstigt, als sie viele Bürger_innen stärker den Kräften der Märkte aussetzten, also eine „Re-Kommodifizierung“ der Arbeits- und Lebensverhältnisse antrieben. Der reformierte Sozialstaat wurde so zum Angsttreiber.

Angesichts der weitgehenden Stabilität von Sicherheits-erwartungen in der Bevölkerung (Heinrich et al. 2016) hätte eigentlich der Verlust von Statussicherheit und die Einschränkung von Teilhabechancen zu Protesten gegen diese Entsicherungspolitik führen müssen. Doch offensichtlich zielte das zuletzt beobachtbare Protest(wahl)verhalten auf anderes: v.a. die Zuwanderung(spolitik) und die (angebliche) Konkurrenz um Jobs und Sozialleistungen. Der Re-Kommodifizierungstrend als solcher wurde dagegen – abgesehen von der LINKEN und Teilen der Gewerkschaften – kaum infragegestellt. Dafür gibt es sicherlich verschiedene Gründe, doch einer wird vielfach unterschätzt: der Faktor Angst und seine Rolle als „Schmier-

mittel“ einer Reformpolitik, die Menschen mehr „Eigenverantwortung“ für die Bewältigung von Risiken aufzwingt, die sie nur sehr begrenzt unter Kontrolle haben.

Folgt man Erkenntnissen aus Psychologie und Soziologie (Betzelt/Bode 2017), entstehen Ängste v.a. dann, wenn Individuen Bedrohungslagen nicht ausweichen können sowie unerwünschten und zugleich unvermeidbaren Ereignissen gegenüberstehen, bei denen sich die Handlungsumwelt als schwer beherrschbar erweist, also geringe Kontrollchancen bestehen. Als angstauslösend gelten zudem Konstellationen, in denen Handlungsdruck vorliegt, aber Anhaltspunkte für ein zielführendes Vorgehen fehlen. Wahrscheinlich sind dann (konformistische) Verhaltensanpassungen, die auf die Minimierung von Gefahren zielen. Wenn das Gefühl einer konkreten Bedrohung und die Wahrnehmung einer unbestimmten Zukunft zusammenkommen, kann dies in Passivität und Lethargie münden – aber auch in negative Emotionen gegenüber anderen.

Nun sind „Rahmenbedingungen, Anlass, Erleben, Ausdruck und Bewältigung von Angst [...] kulturell kodiert“ (Vester 1991: 148), was sich auch darin ausdrückt, dass moderne Gesellschaften „Angsthemmer“ z. B. in Gestalt von Programmen sozialer Sicherung institutionalisieren. Umbauten dieser Programme wiederum können Ängste mobilisieren, zumal wenn sie zusammen mit wachsenden Arbeitsmarkt- bzw. Abstiegsrisiken auftreten. Gleiches bewirken politisch-mediale Diskurse einer „politics of fear“ (Furedi 2005), die Verhaltensanpassungen in der Bevölkerung bewirken (sollen). Tatsächlich brachte die o.g. Reformagenda beides: eine institutionelle und diskursive Mobilisierung von Ängsten, was einerseits ihre reibungslose Umsetzung begünstigte, andererseits jedoch Desintegrationsdynamiken beförderte.

3. ZWEI BEISPIELE: REFORMEN AM ARBEITSMARKT UND BEI DER ALTERSSICHERUNG

Die doppelte Dynamik der Angstmobilisierung lässt sich zunächst am Beispiel der Arbeitsmarktreformen im Kontext der Agenda 2010 illustrieren. Hier ist zunächst offensichtlich, dass öffentliche Diskurse mit Drohungen durchsetzt waren. Symptomatisch ist die berühmte Agenda-Rede von Kanzler Schröder im Bundestag: „Entweder wir modernisieren oder wir werden modernisiert, und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen“ (Schröder, 14.3.2003). Die Drohkulisse bestand in künftig noch größeren Wohlstandsverlusten im Fall von Reformverweigerung. Dies wurde durch eine Medienkampagne begleitet, die Leistungsmissbrauch anprangerte und durch die damit verbundene (verschärfte) Delegitimierung des Arbeitslosigkeitsstatus letzteren besonders bedrohlich gemacht hat. Stigmatisierung wird hier zu einem zusätzlichen „Angstfaktor“.

Gleichzeitig stehen die Reformen in vielerlei Hinsicht für institutionelle Angstmobilisierung:

- Die Abkehr von der Statussicherung durch ein schnelles Verwiesensein auf bedarfsgeprüfte Leistungen nach Sozialgesetzbuch II (SGB II – „Hartz IV“) und eine verschärfte Zumutbarkeit von Jobs provozieren Ängste vor

einem schneller als bislang eintretenden Absturz in ein Dasein auf dem Existenzminimum. Diese Gefahr wird bei hoher Arbeitslosigkeit akuter und ist damit teils konjunkturell beeinflusst – gleichwohl erfasst sie auch vergleichsweise gut gesicherte Normalbeschäftigte (Hürtgen/Voswinkel 2014).

- Die Grundsicherung nach SGB II ist verbunden mit starken Eingriffen in die Privatsphäre, bezüglich der Offenlegung aller Einkommen und Vermögen, der privaten Lebensumstände, der Größe und Kosten für die Wohnung, bis hin zur Zuweisung (potenziell) aller Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft in Maßnahmen oder Beschäftigungsverhältnisse – und zwar ohne (verbriefte) Mitspracherechte. Das hohe Maß an Fremdbestimmung ist mit Kontrollverlust verbunden und daher potenziell angstauslösend.
- Wechselnde Zuständigkeiten im Jobcenter oder der Arbeitsagentur und weite, von den „Kund_innen“ undurchschaubare Ermessensspielräume der Sachbearbeiter_innen bergen das Risiko willkürlicher Entscheidungen. Dies verstärkt das (bedrohliche) Gefühl von Kontrollverlust bei bestehendem Anpassungsdruck an (ggf. wechselnde) Erwartungen.
- Ein deregulierter Arbeitsmarkt setzt „atypisch“ Beschäftigte permanent unter Druck, im Hamsterrad wechselnder, niedrig entlohnter Jobs mitzuhalten, oft ohne Aussicht auf einen Aufstieg in bessere Beschäftigung. Dabei kann die Angst vor dem stigmatisierten Grundsicherungsbezug zum ständigen Begleiter werden – was angesichts allgemein volatilerer Arbeitsmärkte auch für viele Normalbeschäftigte gilt (Erlinghagen/Lübke 2015).

Rekapituliert man Befunde zur subjektiven Verarbeitung entsprechender Dynamiken, so gibt es Anzeichen für Konformismus und Lethargie, aber auch für negative Emotionen gegenüber Dritten:

- Arbeitslose und „Hartzler“ verarbeiten Angstmobilisierung teils durch Selbststigmatisierung und Scham, teils auch durch die Nichtinanspruchnahme von Leistungen: Lieber schlägt man sich ohne ggf. erniedrigende Interventionen eines Jobcenters durch und nimmt dafür ökonomische Härten in Kauf (Betz et al. 2017; Gurr 2018).
- Normalbeschäftigte passen sich stärker an vorgefundene Arbeitsbedingungen an, ihre Konzessionsbereitschaft hat zugenommen; zugleich grenzen sich nicht Wenige gegen Menschen mit niedrigerem Sozialstatus (wie Arbeitslose) ab.
- Im „Prekariat“ dominiert das Treten im Hamsterrad, um den Absturz nach „ganz unten“ zu vermeiden; hier erscheinen Abgrenzungstendenzen nach unten, z. B. gegenüber den „Hartzlern“, besonders markant.

Im Bereich der Alterssicherung sind ähnliche Dynamiken erkennbar. Auch hier wurden Ängste durch öffentliche Diskurse mobilisiert: Im Zentrum stand und steht das Narrativ demo-

grafischer Überlastung sowie wohlstandsgefährdender Sozialabgaben im globalisierten Standortwettbewerb. Die Menschen sollen nun selbst Vorsorgeoptionen ausloten, um ihren Lebensstandard im Alter (halbwegs) aufrechterhalten zu können; denjenigen, die sich nicht oder erfolglos am Vorsorgemarkt engagieren, wurde und wird mitgeteilt, dass es im Ruhestand ungemütlich zugehen könnte.

Die Reformen selbst enthalten erneut verschiedene Elemente institutioneller Angstmobilisierung:

- Zunächst drohen auch hier Statusverluste, mit misslingender Lebensstandardsicherung oder – dramatischer – mit einer Rente auf Grundsicherungsniveau bei denen, die sich in prekären Arbeitsmärkten bewegen oder Niedriglohnkarrieren durchlaufen.
- Hinzu kommt die Verunsicherung im neuen Vorsorgemarkt, auf dem sich private „Vollabsicherung“ leicht als Illusion erweist (Bode/Wilke 2014; Bode/Lüth 2018), was im Zuge von Bankenkrise und Niedrigzinspolitik mittlerweile medienkundig ist.

Der Umgang mit dieser Gemengelage ist vielschichtig: Während manche die neue Selbstverantwortung ggf. auch ohne klare Vision annehmen und sich insofern konform zur Reformagenda verhalten, enden andere in der Zwickmühle aus Handlungsdruck und Ratlosigkeit, was teilweise lähmend wirkt (und Eigenvorsorge unterbindet); oder aber Ohnmachtsgefühle führen dazu, dass man irgendwie (ggf. „verführt“ von einer provisionsgetriebenen Finanzindustrie) auf dem Vorsorgemarkt tätig wird und trotzdem daran zweifelt, dass der Ruhestand gesichert ist.

In beiden Feldern befördert Angstmobilisierung Konformismus und hat insofern die Durchsetzung der Reformen erleichtert. Besonders bei Personen, die ihren sozialen Status gefährdet sehen (müssen), sowie solche in Übergangszonen zwischen Beschäftigung und Erwerbslosigkeit bzw. im Grundsicherungsbezug, können massive Kontrollverluste auftreten. Man macht die Erfahrung, dass Handlungsdruck besteht, erfolgversprechende Lösungen hingegen rar sind. Der Druck manifestiert sich in einer subjektiv verinnerlichten Aufforderung zu individuellem Risikomanagement: Im Erwerbsalter sollen die Bürger_innen ihre employability und ihr portfolio an marktgängigen Kompetenzen aktiv sichern und an aktuelle Marktgegebenheiten anpassen, auch auf dem Vorsorgemarkt. Wer dies versäumt oder sich nicht geschickt genug anstellt, hat die Folgen selbst zu tragen und unterliegt im schlimmsten Fall dem Stigma der Transferabhängigkeit. Der Sozialstaat erscheint dann nurmehr als Impulsgeber für Marktanpassung, im Modus des „Forderns und Förderns“.

4. FAZIT: WAS FÜHRT AUS DER „ANGSTSPIRALE“?

Wie die jüngeren Erfahrungen im Kontext der Flüchtlingskrise angedeutet haben, können Ängste und Enttäuschungen von Sicherheitserwartungen erratische Reaktionen hervorrufen. Entsprechende gesellschaftliche Konsequenzen – darunter

die Etablierung der AfD im deutschen Parteiensystem oder wachsende Ressentiments gegen Minderheiten – sind unübersehbar. Das Thema „Innere Sicherheit“ wird zunehmend wahlentscheidend. Und sobald sich die wirtschaftliche Konjunktur als weniger dynamisch erweist, sind der gesellschaftliche Zusammenhalt und die politische Demokratie gefährdet, wie Ereignisse in anderen Ländern signalisieren.

Über sozialpolitische Konsequenzen kann an dieser Stelle nur kursorisch reflektiert werden. Zunächst ist unwahrscheinlich, dass die skizzierten Angstdynamiken durch eine Korrektur der „schlimmsten Grausamkeiten“, z. B. durch ein paar Monate längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld oder „verbesserte“ Anreize bei der kapitalgedeckten Altersvorsorge, verschwinden. Auch ergibt sich Zukunftssicherheit nicht automatisch aus (sozialen) Investitionen in Bildung und Infrastruktur, so wünschenswert diese auch sein mögen. Wer das Engagement des Sozialstaats ökonomisch verkürzend als „Investitionen“ verkauft, befeuert die Unsicherheitsgefühle jener, die als nicht förderungswürdig (weil unrentabel) erscheinen oder antizipieren, dass sie, nachdem die „Investition“ getätigt ist, dem freien (und zusehends rauer!) Spiel der Marktkräfte ungeschützt ausgesetzt werden. Das Denken allein in gängigen ökonomischen Kategorien greift schon insofern zu kurz, als es weniger arbeitsmarktgängige Gruppen (wie z. B. Menschen mit Behinderung) ausgrenzt und informelle Sorgearbeit systematisch unterbewertet; tendenziell verschärft es aufgrund des Matthäus-Prinzips („wer hat, dem wird gegeben“) sogar das, was angeblich bekämpft werden soll: nämlich die soziale Spaltung (Cantillon/Van Lancker 2013).

Nur eine konsequente Abkehr vom Prinzip des individuellen Risikomanagements mit all seinen verängstigenden Folgen (eines möglichen Scheiterns) kann die Angstspirale durchbrechen. Anstatt nur auf der Klaviatur der „Angebotssozialpolitik“ zu spielen, bedarf es also des politischen Muts, für „traditionelle“ kollektive Absicherungen und nachhaltige Armutsbekämpfung einzutreten, u. a. durch Maßnahmen, die systematisch für eine egalitäre (auch Primär-)Einkommensverteilung sowie die Eindämmung prekärer Beschäftigung sorgen. Mit anderen Worten: Die im neoliberalen Zeitalter angezogenen Daumenschrauben der Re-Kommodifizierung wären zu lockern, die Bürger_innen stärker von Marktzwängen zu entlasten. Verbesserungen der sozialstaatlichen Infrastruktur sind hier ein Mittel unter vielen, denn sie stiften Sicherheit und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sofern kostenfreie und qualitativ hochwertige Leistungen für alle vorgehalten werden. Freilich bedarf es hierzu einer soliden Finanzierungsgrundlage, die wohl nur durch ein Ende der Austeritätspolitik und eine progressivere, europäisch zu koordinierende, Steuerpolitik herzustellen ist (Truger 2016).

Autor_in

Sigrid Betzelt ist Professorin für Soziologie mit Schwerpunkt Arbeits- und Organisationssoziologie an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR).

Ingo Bode ist Professor für Sozialpolitik mit dem Schwerpunkt organisationale und gesellschaftliche Grundlagen an der Universität Kassel.

Literaturverzeichnis

- Betzelt, Sigrid; Bode, Ingo 2018 (Hrsg.): Angst im neuen Wohlfahrtsstaat: Kritische Blicke auf ein diffuses Phänomen, Wiesbaden: Nomos (i.E.).
- Betzelt, Sigrid; Ebach, Mareike; Schmidt, Tanja; Kedenburg, Olga 2017: Individuelle Autonomie im Status Arbeitslosigkeit ohne Leistungsbezug? Eine empirische Analyse, in: Zeitschrift für Sozialreform 63 (2), S. 447–482.
- Bode, Ingo; Wilke, Felix 2014: Private Vorsorge als Illusion: Rationalitätsprobleme des neuen deutschen Rentenmodells, Frankfurt a. M.
- Bode, Ingo; Lüth, Felix 2018: Der unruhige Blick nach vorn: Zukunftsangst und Institutionsskepsis im Spiegel empirischer Daten, in: Betzelt, Sigrid; Bode, Ingo 2018 (Hrsg.): Angst im neuen Wohlfahrtsstaat: Kritische Blicke auf ein diffuses Phänomen, Wiesbaden (i.E.).
- Bude, Heinz 2014: Gesellschaft der Angst, Hamburg.
- Burzan, Nicole 2014: Gefühlte Verunsicherung in der Mitte der Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 49, S. 17–23.
- Cantillon, Bea; Van Lancker, Wim 2013: Three Shortcomings of the Social Investment Perspective, in: Social Policy & Society 12 (4), S. 553–564.
- Dehne, Max 2017: Soziologie der Angst: Konzeptuelle Grundlagen, soziale Bedingungen und empirische Analysen, Wiesbaden.
- Erlinghagen, Marcel; Lübke, Christiane 2015: Arbeitsplatzunsicherheit im Erwerbsverlauf: Eine Sequenzmusteranalyse westdeutscher Paneldaten, in: Zeitschrift für Soziologie 44 (6), S. 407–425.
- Furedi, Frank 2005: Politics of Fear: Beyond Left and Right, London.
- Gurr, Thomas 2018: Vergeltung, Ahndung, Integrationsversprechen: Sanktionen im SGB II, in: Betzelt, Sigrid; Bode, Ingo 2018 (Hrsg.): Angst im neuen Wohlfahrtsstaat: Kritische Blicke auf ein diffuses Phänomen, Wiesbaden (i.E.).
- Heinrich, Roberto; Jochem, Sven; Siegel, Nico A. 2016: Die Zukunft des Wohlfahrtsstaats. Einstellungen zur Reformpolitik in Deutschland, Bonn.
- Heitmeyer, Wilhelm 2012: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände: Folge 10, Berlin, S. 15–41.
- Hensel, Jana 2017: Und wenn die AfD Recht hat?, in: DIE ZEIT, 26.4.2017 (zeit.de, letzter Zugriff 24.11.2017).
- Hürtgen, Stefanie; Voswinkel, Stephan 2014: Nichtnormale Normalität: Anspruchslogiken aus der Arbeitnehmermitte, Berlin.
- Maier, Nicola; Stelzer, Tanja; Stefan, Björn 2017: Städtle in Angst, in: DIE ZEIT, 4.10.2017 (zeit.de, letzter Zugriff 13.11.2017).
- Schulte von Drach, Marcus C. 2017: Erwachen aus wutgetränkter Apathie, in: Süddeutsche Zeitung, 4.10.2017 (sueddeutsche.de, letzter Zugriff 13.11.2017).
- Truger, Achim 2016: Ein finanzpolitisches Notfallprogramm zur Rettung des sozialen Europa, in: WSI Mitteilungen 69 (1), S. 257–265.
- Vester, Heinz-Günter 1991: Emotion, Gesellschaft und Kultur: Grundzüge einer soziologischen Theorie der Emotionen, Opladen.

Impressum

© 2017

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeberin: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
Fax: 0228 883 9202, 030 26935 9229; www.fes.de

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich:
Ruth Brandherm, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik.
Bestellungen/Kontakt: wiso-news@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.
Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ISBN 978-3-96250-012-2